

EDITORIAL

- 3 Die Europäische Bürgerinitiative. Beschäftigungstherapie für das Volk?

AKTUELLE ANALYSE

- 6 *Sebastian Haunss*
Gewalt und Gewaltlosigkeit in sozialen Bewegungen

THEMENSCHWERPUNKT

- 17 *Julian Plottka/Katrin Böttger/Annette Knaut*
Bürgerbeteiligung gegen die Krise? Möglichkeiten und Grenzen der Europäischen Bürgerinitiative
- 28 *Jo Leinen*
Die Europäische Bürgerinitiative – Ein wichtiger Schritt in Richtung europäische Öffentlichkeit
- 33 *Paolo Ponzano*
Ein Initiativrecht sui generis: die Europäische Bürgerinitiative
- 37 *Annette Knaut/Reiner Keller*
Die Entstehung transnationaler Diskursräume durch die Europäische Bürgerinitiative
- 47 *Laurent Bernhard*
Direkte Demokratie wagen? Eine Bestandsaufnahme der Chancen und Gefahren
- 55 *Theo Schiller*
Volksinitiativen/ ‚Citizens’ Initiatives‘ – Erfahrungen außerhalb der EU
- 65 *Markus Gastinger/Georg Jürgens*
Fraternité 2020 – Mobilität. Fortschritt. Europa.
- 69 *Christine Quittkat*
Die EBI – (K)ein Tor zur europäischen Politik für „Normalbürger“

SONDERSCHWERPUNKT 7. FORUM BÜRGERGESELLSCHAFT

- 80 *Thomas Olk/Ivanka Somborski*
Bürgerschaftliches Engagement junger Menschen in der alternden Gesellschaft – Motor für eine lebendige Bürgergesellschaft?
- 84 *Sibylle Picot*
Zehn Jahre freiwilliges Engagement Jugendlicher: Erwartete und unerwartete Entwicklungen
- 89 *Daniel Grein*
Engagement junger Menschen
- 92 *Jan Schlemmermeyer*
Anerkennen heißt möglich machen
- 95 *Timm Falkowski*
Vom implizierten Lernen zur Zertifizierung. Lernen mit und durch bürgerschaftliches Engagement in der Deutschen Jugendfeuerwehr
- 99 *Olaf Ebert*
Engagementförderung von Jugendlichen in Sachsen-Anhalt
- 104 *Maik-Carsten Begemann*
Engagement 2.0 – Jugendliche Beteiligung mit und im Kontext von Web 2.0
- 107 Diedersdorfer Erklärung

PULSSCHLAG

- 113 *Einladung*
25 Jahre Forschungsjournal Soziale Bewegungen
- 117 *Annelie Beller/Rabea Haß/Georg Miltenberger*
Der Bundesfreiwilligendienst: Ein Governance-Spatag zwischen Offenheit und Beliebbarkeit
- 122 *Matthias Freise*
International Society for Third Sector Research (ISTR) in Siena
- 124 *Antje Busch/Alban Werner*
DVPW-Kongress 2012 – Demokratie zwischen Krise, Aufbruch und Neuerfindung

Die Entstehung transnationaler Diskursräume durch die Europäische Bürgerinitiative

Annette Knaut/Reiner Keller

1 | Die Erzählung von (europäischer) Öffentlichkeit

„Öffentlichkeit“ gehört gewiss zu den deutlich unscharfen Begriffen in den Sozialwissenschaften. Häufig wird er mit dem sich hartnäckig haltenden Idealbild des attischen Forums verknüpft, auf dem die Bürger zusammenkommen und die öffentlichen Angelegenheiten verhandeln. Zur Erzählung über die Beschaffenheit von Öffentlichkeit, gehört auch die implizite Annahme, dass sie in einem Nationalstaat verortet ist, der sich als repräsentative Demokratie konstituiert hat. Der Sinn einer solchen Öffentlichkeit liegt in der Legitimierung von Politiken. In den gängigen liberalen Vorstellungen geschieht dies über den Austausch von Argumenten und ein Abwägen des Für und Wider, an dem politische Eliten sowie Vertreter von Vereinen, Verbänden und anderen Interessengruppen beteiligt sind. Öffentlichkeit ist heute, so wird die Annahme oftmals weiter

geführt, Medienöffentlichkeit, in der Massenmedien das Idealbild des attischen Forums ersetzen. So oder so ähnlich wird die Erzählung über Öffentlichkeit immer wieder reproduziert. Allerdings sind weder Öffentlichkeit und Nationalstaat noch Repräsentation und Demokratie theoretisch und historisch notwendig verbunden (vgl. Pitkin 2004; Woodruff 2005; Keane 2009). Ursprünglich wurde die Idee der Repräsentation mit Monarchien verknüpft; die Verbindung zwischen Repräsentation und Demokratie entfaltet sich hingegen erst im 18. Jahrhundert, in der Zeit der Französischen und Amerikanischen Revolution (vgl. Keane 2009: xviii). Ebenfalls mit der Französischen Revolution kommt der Begriff der Nation im Sinne einer politischen Gemeinschaft auf, die ein begrenztes Staatsgebiet umfasst. Die Verbindung von Demokratie, Repräsentation und Nation wird zu einer „großen Erzählung“, die bis heute andauert (vgl. Pitkin 2004; Knaut 2011). Die Geschichte von der demokratisch

verfassten Nation und ihrer homogenen sowie (sozial-)räumlich begrenzten öffentlichen Sphäre wurde zu einem kaum hinterfragbaren Erfolgsmodell, zumal sie mit Konzepten über die Funktionen von Öffentlichkeit, die Aufgaben politischer Institutionen und die Beziehung zwischen Abgeordneten und Bürgern theoretisch-normativ und empirisch unterfüttert wurde und wird.¹

Auch im 21. Jahrhundert bleibt diese Meta-Erzählung, mit wenigen Ausnahmen, lebendig. So hat in jüngerer Zeit der Wissenschaftssoziologe Bruno Latour der Idee der Repräsentation in seinem Entwurf zu einem „Parlament der Dinge“ eine radikal neue Stoßrichtung gegeben (Latour 2010). Seine Forderung nach einer Integration der Natur bzw. von Objekten in die Parlamente und die Öffentlichkeit (Latour 2005) bleibt aber getrennt von den eben skizzierten anerkannten „Erzählungen“. Diese manifestieren sich auch und im Besonderen in Diskussionen über die Europäische Union, die zwar als politisches System „sui generis“ anerkannt wird, sich aber gleichzeitig an den tradierten Kriterien demokratisch-repräsentativer Nationalstaaten messen lassen muss. Die dazu häufig geäußerte Vorstellung, es könne keine europäische Öffentlichkeit geben, da die Europäische Union keine Sprach-, Erinnerungs- und Kulturgemeinschaft sei (Kielmansegg 2003), nimmt direkt (wenn auch, ohne dies zu explizieren) Vorstellungen der deutschen Romantiker im Hinblick auf die Einheit einer Volks- oder Kulturnation auf, die sich durch die Erschaffung und (Wieder-)Erzählung von Mythen in der ureigenen Sprache der Nation und zugleich durch geteilte Sitten und Bräuche ständig wieder erneuert (vgl. Schulze 1995; Knaut 2011). Verbindet man diese Einschätzung zudem mit dem in der französischen Revolution entwickelten Maßstab an Nation als einer politischen Gemeinschaft, die sich durch ihre Staatsgrenzen von anderen Nationen absondert, dann kann eine europäische Öffentlichkeit eigentlich nur scheitern. Weder sind die Grenzen der Europäischen Union eindeutig – man denke nur an den Schengen-Raum,

die Euro-Zone oder die Bologna-Staaten –, noch gibt es eine von allen EU-Bürgerinnen und Bürgern gesprochene Sprache. Nicht zuletzt gründet die EU auf kultureller Diversität: „In Vielfalt geeint“, so lautet ihr offizielles Motto.

Auch das allgemein behauptete Demokratiedefizit der EU ist in der Regel mit der unterlegten Vorstellung eines organisierten Nationalstaates verbunden, sowohl, wenn es als strukturelles und unlösbares Problem gesehen wird (u.a. Grande 1996: 342ff), aber auch dort, wo es lösbar scheint (u.a. Hix 2008). Im Gegensatz zu den bisher genannten, eher theoretisch-normativ argumentierenden Ansätzen arbeiten auch empirische Studien, die ohne explizite nationalstaatliche Vorrahmung die Existenz und Gestalt einer europäischen Öffentlichkeit in den Blick nehmen, mit diesen „Erzählungen“. Dabei liegt ihr Schwerpunkt auf einer Analyse von Medieninhalten, da davon ausgegangen wird, dass Massenmedien die Haupterzeuger von Öffentlichkeit oder zumindest die wichtigsten Foren für Akteure in der Öffentlichkeit sind. Häufig lautet die implizite Annahme, dass eine europäische Öffentlichkeit dann entsteht, wenn die (nationale) Medienberichterstattung über EU-Themen zunimmt (van de Steeg 2005; Wimmel 2006; Risse 2010). Die normative Requisite einer gemeinsamen europäischen Öffentlichkeit wird hier zwar über Bord geworfen, aber der Zusammenhang von Gemeinschaft und Homogenität bleibt unhinterfragt. So wird die Entstehung von europäischen (Teil-)Öffentlichkeiten beobachtet, die sich im Hinblick auf bestimmte Themen bilden. D.h. man versucht, Gemeinschaften von Akteuren zu entdecken, in denen ein spezifisches EU-Thema kommuniziert wird (vgl. Eriksen 2007; Eder 2000, 2007; Risse 2010). Das entscheidende Kriterium für den „Existenzbeleg“ einer europäischen (Teil-)Öffentlichkeit ist demnach die in den nationalen Medien stattfindende Diskussion des gleichen Themas, zur gleichen Zeit, mit der gleichen Relevanz (Eder/Kantner 2000). Dahinter verbirgt sich erneut die Vorstellung von nationa-

len Öffentlichkeiten, welche als vermittelnde Instanzen die Bürgerinnen und Bürger eines Mitgliedsstaates der EU durch die Medienkommunikation integrieren. Schließlich wurzeln solche Studien ebenfalls in der Annahme, die Legitimität der demokratischen Institutionen werde über öffentliche Kommunikation hergestellt bzw. konkreter, dass die nationalen Abgeordneten über die öffentlichen Vermittlungsagenturen (vor allem Massenmedien) politische Entscheidungen legitimieren lassen.

Uns scheint nun, dass die erwähnte Erzählung über Öffentlichkeit der vielfach ausbuchstabierten Feststellung nicht genügend Rechnung trägt, dass im späten 20. bzw. frühen 21. Jahrhundert Gesellschaften strukturellen Veränderungen unterworfen sind, die auch die Bedingungen für die Herstellung demokratischer Öffentlichkeit und repräsentatives Handeln radikal verändert haben (u.a. Beck 1996). Phänomene der Individualisierung und Plurali-

sierung von Lebensformen gehen mit veränderten Partizipationsmöglichkeiten und -präferenzen von Bürgerinnen und Bürgern einher. Massenmedien ‚ersetzen‘ als dominierende Akteure in der Öffentlichkeit die aktive Bürgerschaft (vgl. Meyer 2001; Sarcinelli 2011). Durch die technischen Entwicklungen des World Wide Web sind völlig neue Möglichkeiten des transnationalen Austausches entstanden (Castells 2003). Migrationsbewegungen, Ideenwanderungen, ökonomische Vernetzungen, kulturindustrielle Globalisierungen und globale „Risikovergesellschaftungen“ konstituieren neue globale Schicksalslagen und Regulierungsbedürfnisse (Appadurai 1996; Beck 2008). Das inzwischen allgegenwärtige Zauberwort der „governance“ (Benz et al. 2007) kann als deutlicher Ausdruck der stattfindenden Transformationen gelesen werden. Dennoch verändert sich die Erzählung um die Öffentlichkeit als Legitimationssphäre einer in

[Abbildung ist aus urheberrechtlichen Gründen in dieser Online-Version nicht enthalten.]

den Grenzen des Nationalstaates verhafteten Sprach- und Kulturgemeinschaft nicht spürbar. Konsequenter wird dann in der Debatte um Postdemokratie argumentiert, die Öffentlichkeit habe ihre Vital-Funktionen eingebüßt, da politische, ökonomische und journalistische Eliten den politischen Prozess dominierten (vgl. Crouch 2004). Dass hier jedoch ein dringlicher Reflexionsbedarf besteht, hat am entschiedensten wohl Nancy Fraser (2008) formuliert. Ausgehend von einer bei Habermas ansetzenden präzisen Charakterisierung der erwähnten Implikationen und Engführungen des theoretisch-normativen Öffentlichkeitsbegriffs wirft sie die Frage nach einer oder mehreren „transnationalen öffentlichen Sphäre(n)“ auf. Vielleicht gerade weil sie dabei an einem am Gegenstand der „ersten Moderne“ gewonnenen normativen Begriff von Öffentlichkeit festhalten will, kann sie darauf keine Antworten geben.

In den folgenden Abschnitten stellen wir der tradierten Erzählung von Öffentlichkeit ein Konzept entgegen, das die starken Verbindungen zwischen Öffentlichkeit und demokratisch-repräsentativem Nationalstaat auflöst. Wir sind überzeugt, dass die Diagnosen über die defizitäre bzw. nicht vorhandene europäische Öffentlichkeit in die Irre führen, da sie die Vorstellung der nationalen Öffentlichkeit auf die europäische Ebene übertragen und damit die stillen Voraussetzungen der alten Erzählung übernehmen. Unser Ziel ist es, eine Idee von Öffentlichkeit (nicht nur) für die Europäische Union zu entwickeln, welche letztere als System „sui generis“ (z.B. Knelangen 2005) ernst nimmt, ohne die normativen Voraussetzungen eines demokratischen Systems zu verletzen. Das Konzept der transnationalen Diskursräume will die Basis für ein theoretisches Modell von Öffentlichkeiten in transnationalen Räumen schaffen, um die Entstehung europäischer Öffentlichkeit(en) empirisch zu entdecken bzw. zu begleiten.² Am Beispiel der Europäischen Bürgerinitiative wollen wir schließlich erste Indizien dafür herausarbeiten, warum dieses Instrument das

Potenzial hat, eine Art europäischer Öffentlichkeit zu erzeugen.

2 | Transnationale Diskursräume

Grundannahme des Konzepts transnationaler Diskursräume, das wir hier erst vorläufig und in erster Annäherung skizzieren können, ist also, dass die Erzählung über Öffentlichkeit als homogene, geschlossene, an den Nationalstaat gekoppelte Sphäre, an der sich alle (Bürgerinnen und Bürger bzw. Eliten) beteiligen, entzaubert werden muss, wenn wir die Entstehung, Struktur und Transformationen „europäischer Öffentlichkeit(en)“ entdecken, analysieren und beurteilen wollen.³ Zu beachten ist dabei, dass die EU kein Staat ist, sondern ein mit anderen Staaten nicht vergleichbares demokratisches System bildet. Sie ist damit ein Ausdruck der allgemeinen Veränderungen politischer und gesellschaftlicher Strukturen im Übergang zum 21. Jahrhundert.⁴ Für unsere Überlegungen hat dies mehrere Implikationen: Die Institutionen der EU sind nicht direkt mit denen von Nationalstaaten vergleichbar. Klassische Funktionen von Parlament und Regierung verändern sich. So hat bspw. das Europäische Parlament zwar kein Gesetzgebungsinitiativrecht und gilt damit vielen nicht als voll funktionsfähig. Dennoch kann dieses Parlament als Haupterzeuger der Legitimität europäischer Politiken gelten, wenn man bspw. seine Integrationsfähigkeit vielfältiger Positionen in den politischen Diskurs, kombiniert mit der Unabhängigkeit der Abgeordneten von der Themensetzung der Fraktionen, in Rechnung stellt. Vor allem aber müssen wir bedenken, dass die Institutionen der Europäischen Union nicht mit denen von Nationalstaaten vergleichbar sind. Weder sind die Funktionen des Europäischen Parlaments mit denen von Parlamenten in den Mitgliedsstaaten eins zu eins vergleichbar, noch können wir die gleichen Maßstäbe an eine das staatliche System legitimierende öffentliche Sphäre anlegen. Mit Jeremy Rifkin (2004: 197ff) lässt sich die Europäische Union des-

wegen eher als Prozess denn als Ort begreifen. Daran anschließend lässt sich argumentieren, dass „europäische Öffentlichkeit“ eher als prozesshaft, fluide imaginiert werden sollte, d.h. als staatliche, regionale und institutionelle Grenzen überspringend, ohne notwendig „all inclusive“ in Erscheinung zu treten. Anschließend an einige der bei Eder (2007) bzw. Risse (2010) getroffenen Beobachtungen zum issue-spezifischen und netzwerkartigen Charakter transnationaler Öffentlichkeiten, aber im Rekurs auf den Diskursbegriff der Foucault-Tradition schlagen wir vor, die verschiedenen Öffentlichkeiten der Europäischen Union als transnationale Diskursräume zu begreifen, als transnationale Orte und Territorien, die gesellschaftliche, europäische Wissensverhältnisse konstituieren (vgl. Keller 2011). In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass im Konzept der transnationalen Diskursräume Diskursproduktionen und Wissensaustausch nicht im Sinne eines deliberativen Prozesses, womöglich gar in Form eines „herrschaftsfreien“ Diskurses im Sinne der Habermasschen Diskursethik, verstanden werden, sondern in Foucaultscher Lesart als veränderliche Macht/Wissensordnungen (Foucault 1973; 1980). Auch wenn an dieser Stelle die Frage der Macht nicht weiter ausgeführt werden kann, möchten wir betonen, dass transnationale Diskursräume nicht per definitionem als machtfreie und alle Akteure gleichstellende Sphären betrachtet werden können, sondern davon auszugehen ist, dass hier mehr oder weniger starke Akteurs- und Wissenshierarchisierungen produziert werden.

Von transnationalen Diskursräumen zu sprechen impliziert weiterhin, dass nicht notwendig alle Mitgliedstaaten bzw. Vertreter aus allen Mitgliedstaaten an entsprechenden Diskursen beteiligt sind, sondern dass sich hier in einer Art Zwischenraum sehr unterschiedliche Beteiligungskoalitionen finden lassen. Und wenn wir von Diskursen sprechen, so zeigen wir damit an, dass es hier um Aussageproduktionen und Wissenskonstitutionen geht, die spezifischen (diskursiven) Strukturierungen

unterworfen sind und Wirklichkeitseffekte zeitigen. Transnationale Diskursräume werden durch gesellschaftliche Akteure auf unterschiedlichen Ebenen durch permanente kommunikative Interaktion erzeugt und transformiert. Prinzipiell beteiligt sind nicht nur politische Eliten, Journalisten und Vertreter einflussreicher Lobbygruppen, wie in liberal-repräsentativen Vorstellungen von Öffentlichkeit, sondern auch Akteure aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen bzw. einzelne Bürgerinnen und Bürger. Die Idee der transnationalen Diskursräume schließt die Idee ein, dass Öffentlichkeit sich heute aus polyzentrischen Foren bildet. Öffentlichkeit kann demnach als eine Art Strom von Wissenspolitiken verstanden werden, der auf unterschiedlichen Ebenen und durch unterschiedliche Medien transportiert wird, der sich verändert, und durch den letztlich spezifische Diskurse in einer Vielzahl transnationaler Sphären entstehen. Das Bild der transnationalen Diskursräume bewegt sich damit weg vom Container-Modell der nationalstaatlichen Öffentlichkeit hin zu prinzipiell offenen, weder geographisch noch staatlich präfigurierten diskursspezifischen Arenen, in denen unterschiedlichste Akteure temporäre Netzwerke bilden. Indem solche Arenen bzw. die beteiligten und netzwerkartig organisierten Akteure Diskurse zu spezifischen Politiken evozieren, tragen sie das Potenzial in sich, die Stabilität und Legitimität europäischer Politik zu stärken (oder zu schwächen). Einzelne Akteure werden dabei in allgemeinere diskursive Strukturierungsprozesse einbezogen; zugleich bringen sie spezifisches, seinerseits diskursiv konstituiertes Wissen über ein politisches Thema ein. Dieses Wissen wird in den entsprechenden Diskursarenen transformiert und weitergetragen. Im Prozess der Diskursproduktion wird Wissen konstituiert, sortiert, bewertet, bspw. in Gestalt von Argumentations- und Deutungsmustern produziert und (de)legitimiert. „Öffentlichkeit“ lässt sich dann als Prozess verstehen, der von transnationalen Diskursarenen bzw. darin involvierten Akteursnetzwerken getragen wird und sich darin voll-

zieht. Durch die Einbindung in Diskursprozesse kann die Legitimität der EU gestützt werden.

3 | Die Europäische Bürgerinitiative als Katalysator transnationaler Diskursräume

Die hier nur anskizzierte Idee transnationaler Diskursräume knüpft an die Annahme einer europäischen Öffentlichkeit als Netzwerk segmentierter Öffentlichkeiten (z.B. Eriksen 2007: 26) an. Entsprechend wird nicht erwartet, dass die Europäische Bürgerinitiative (EBI) eine europaweite Öffentlichkeit im Sinne von Eder/Kantner herstellen wird, dass also ein Thema zur selben Zeit und mit dem gleichen Ausmaß an Relevanz in unterschiedlichen Teillöffentlichkeiten diskutiert wird (Eder/Kantner 2000). Es ist aber anzunehmen, dass die EBI bereits existierende Diskursräume miteinander verbinden wird, die sich auf das spezifische Thema einer Initiative beziehen. In diesem Sinne kann sie als ein Dispositiv, ein Erzeugungsmechanismus oder Katalysator für transnationale Diskurse und entstehende Diskursräume verstanden werden, das nicht nur Themen generiert, sondern auch neue (und alte) Sprecher auf die Bühne lässt. Wir können aufgrund der gerade erst erfolgten Einrichtung der EBI zunächst nur vermuten, dass dadurch neue Diskursstrukturen entstehen und sich transnational, auf unterschiedlichen institutionellen und staatlichen Ebenen etablieren. D.h. für unterschiedliche Akteure aus Politik, Medien und Gesellschaft öffnet sich hier ein Gelegenheitsfenster, um sich in Diskurse einzuschreiben.

Als Instrument partizipativer Demokratie bietet die EBI nämlich die Möglichkeit, dass Akteure, die bislang nicht in die Entscheidungsprozesse der Europäischen Union involviert waren, sich engagieren, und ihr Wissen in etablierte Institutionen (wie Europäisches Parlament, NGOs, alte und neue Medien) tragen. Diese Erwartung lässt sich gegenwärtig vor dem Hintergrund der EBI-Probeläufe

anhand der dort beobachtbaren Beteiligung von Akteuren, die nicht im Lobbyregister der EU registriert sind, und auch anhand der Beteiligung von Abgeordneten stützen (vgl. auch Knaut/Plottka 2012; Plottka 2012⁵). Es ist weiter anzunehmen, dass Diskurse auf zwei Ebenen entstehen: einmal auf einer Meta-Ebene über das Instrument der EBI selbst und zum anderen auf einer policy-Ebene über das jeweilige Thema der EBI. Das bedeutet, dass allgemeines Wissen über die Handlungsoptionen und -regeln des Prozesses, eine EBI erfolgreich bei der Kommission zu registrieren und die geforderte Anzahl der Unterschriften zu sammeln, entsteht und verbreitet wird. Gleichzeitig wird spezifisches Wissen im Zusammenhang der je einzelnen Initiativen konstituiert. Auch diese Doppelstruktur der Diskursivierung ließ sich bereits empirisch anhand von Vorhaben nachzeichnen, die beabsichtigen, eine EBI bei der Kommission registrieren zu lassen. Beispiele sind die Initiative „Free Sunday“, die sich für einen europaweiten arbeitsfreien Sonntag einsetzte, und die „Women for Europe and Citizens Initiative“, mit dem Ziel Geschlechtergerechtigkeit in Europa auf allen Ebenen herzustellen (vgl. Knaut 2012).

Im Folgenden werden die drei Initiativen vorgestellt, die inzwischen (Juli 2012) die Hürde der Registrierung bei der Kommission genommen haben, und die nun Unterschriften sammeln können.⁶ Daran lässt sich illustrieren, wie Akteure sich vernetzen und versuchen, Wissen über die EBI als Instrument der Bürgerbeteiligung bzw. über die spezifischen Anliegen der EBI zu verteilen. Auch wenn hier noch keine Untersuchung über möglicherweise entstehende Diskurse angestellt werden konnten, lassen sich so erste Eindrücke gewinnen, ob durch spezifische EBIs transnationale Diskursräume entstehen können. Denn nachdem eine EBI registriert ist, haben die Initiatoren 12 Monate Zeit, um Unterstützung zu werben bzw. Unterschriften zu sammeln. In dieser Zeit werden die Initiatoren versuchen, Aufmerksamkeit in und über unterschiedlichste

Medien für ihre Kampagne zu bekommen. Auch stellt sich damit im Weiteren die Frage, ob nationale Politiker, Interessengruppen, Journalisten usw. die Debatte aufnehmen, d.h. letztlich Öffentlichkeit erzeugen und damit den Weg zu einer erfolgreichen oder scheiternden Initiative bereiten.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die von uns ausgewählten drei der aktuell registrierten Initiativen. Datengrundlage ist die Eigendarstellung auf der EBI-eigenen Homepage sowie das Amtliche Register der Europäischen Kommission, das auf der entsprechenden Website der Kommission einzusehen ist⁷.

Tabelle 1: Laufende Europäische Bürgerinitiativen im Juni 2012

INITIATIVE	FRATERNITÉ 2020 – MOBILITY. PROGRESS. EUROPE.	WATER AND SANITATION ARE A HUMAN RIGHT! WATER IS A PUBLIC GOOD, NOT A COMMODITY!	SINGLE COMMUNICATION TARIFF ACT
Grundlegende Informationen			
Webpräsenz	http://www.fraternite2020.eu	http://www.right2water.eu/	https://twitter.com/onesingletariff
Verfügbare Sprachen	Englisch, Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Niederländisch, Polnisch, Tschechisch, Dänisch, Bulgarisch, Rumänisch, Finnisch, Ungarisch	Englisch, Niederländisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Schwedisch, Rumänisch, Tschechisch, Bulgarisch, Dänisch, Griechisch, Estnisch, Finnisch, Irisch, Ungarisch, Lettisch, Maltesisch, Polnisch, Portugiesisch, Slowenisch	Englisch
Initiatoren (Bürgerausschuss)	Studenten und Wissenschaftler aus allen Mitgliedsstaaten der EU mit Ausnahme UK	Bürger aus 20 Mitgliedsstaaten (keine Selbstbeschreibung auf der Website)	EU-Bürger (keine Selbstbeschreibung auf der Website; Länderzuordnung nicht möglich)
Ziel	Ausbau der europäischen Austauschprogramme wie Erasmus oder dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD) zur Stärkung der Solidarität	Festschreibung eines Menschenrechtes auf sanitäre Grundversorgung und Versorgung mit sauberem Trinkwasser	Schaffung einer Kommunikationsflatrate für Europa, Abschaffung von Roaming-Gebühren
Einbringen von Wissen			
Policy-Ebene	Ja (über Homepage, Facebook, Twitter)	Ja (über Homepage, Newsletter, Twitter und Aktionen in europäischen Städten)	Ja (nur über Twitter)
Meta-Ebene	Ja (Mitorganisation von Konferenzen, Beteiligung an Konferenzen zur EBI)	Nein (allerdings geben die FAQs auf der Homepage Informationen über EBIs im Allgemeinen und wie man sich bei diesen einbringen kann. Über Chancen und Aussichten wird nicht reflektiert.)	Ja (nur über Twitter)
Akteure			
Kollektive Akteure	Diverse NGOs werden als Unterstützer auf der Homepage aufgeführt	Diverse Organisationen werden als Unterstützer auf der Homepage aufgeführt	Keine Nennungen
Individuelle Akteure	Offizielle Unterstützer auf der Homepage: Bürger (Akademiker, Künstler und Sportler) und MdEPs	Keine Nennungen	Keine Nennungen
Vernetzung			
Vernetzungstools	Homepage, Facebook, Twitter, E-Mail-Kontaktadresse, einsehbare Unterstützerliste auf der Homepage, Bitte um Spenden auf der Homepage und auf Facebook	Homepage, Newsletter, Twitter, E-Mail-Kontaktadresse, diverse Materialien (Logo etc.) zum freien Download, regelmäßig neue Veranstaltungsankündigungen und Neuigkeiten auf der Homepage	Twitter

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach www.ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing [12.07.2012]

Ein Blick auf die Tabelle zeigt, dass die Initiativen „Fraternité“ und „Water and Sanitation are a human right“ versuchen, sich mit einer Vielzahl von individuellen und kollektiven Akteuren zu vernetzen. Diese werden, nach Herkunftsstaaten sortiert, als Unterstützer auf der Homepage aufgelistet. Die Initiative „Single Communication Tariff Act“ hingegen nennt keine offiziellen Unterstützer. Sieht man sich die unterstützenden Organisationen an, so bestätigt sich die These, dass eine Vielzahl nicht registrierter Akteure die beiden erstgenannten EBIs tragen. Interessant ist, dass vor allem „Fraternité“ sich um Unterstützung bei einer Vielzahl von MdEPs bemüht und sich damit mit etablierteren Akteuren und Erfahrungen in EU-Prozessen verbindet. Weiter können diese Akteure als transnational und multilingual charakterisiert werden. Die beiden erstgenannten Initiativen mit Homepage bieten die Möglichkeiten, die Seiten in einer vertrauten Sprache zu lesen. Ebenfalls bieten „Fraternité“ und „Water as a Human Right“ auf den Webseiten Informationen zu Veranstaltungen in unterschiedlichen Orten in Europa an. Auch wenn z.Zt. nichts über die Resonanz bei Bürgern vor Ort oder in der massenmedialen Berichterstattung bekannt ist, so ist doch bereits erkennbar, dass diese Art der Vernetzung die Grundlage für transnationale Diskursräume legen kann.

Die erwähnten Beispiele sollen hier lediglich unterstreichen, dass sich eine Betrachtung von europäischen Öffentlichkeiten unter dem Aspekt der Vernetzung bzw. der Genese von transnationalen Diskursräumen lohnen kann. Das Beispiel der EBI zeigt, dass Akteure mit unterschiedlicher nationaler und sprachlicher Einbettung miteinander interagieren. Die EBI kann als Instrument partizipativer Demokratie sicher keine Öffentlichkeit in dem Sinne herstellen, wie sie der Erzählung von Öffentlichkeit als homogener Sphäre, in der die Akteure das gleiche historische und kulturelle Wissen mitbringen und zudem die gleiche Muttersprache sprechen, zugrunde liegt. Im Kontext des vorgeschlagenen Konzepts geht damit jedoch kein

Defizit einher, sondern es stellt sich die Frage nach einem dem System (und auch der Idee) der Europäischen Union angemessenen Analyse- und Beurteilungskriterium. Das Konzept transnationaler Diskursräume, das gewiss weiter ausgearbeitet werden muss, schlägt vor, einen neuen Blick auf ein altes Problem, nämlich der Frage nach einer die Demokratie stabilisierenden Öffentlichkeit zu stellen (vgl. Dewey 1996 [1927]). Nicht zuletzt richtet es den Blick auf die Diskursteilnehmer, also diejenigen Akteure, die sich tatsächlich an Prozessen der Wissenskonstitution beteiligen, und dadurch letztlich Öffentlichkeit(en) herstellen.

Dr. Annette Knaut ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Frank-Loeb-Institut der Universität Koblenz-Landau. Aktuelle Forschungsschwerpunkte sind die Transnationalisierung von Repräsentation und öffentlichen Räumen sowie Politik und Geschlecht. Kontakt: knaut@uni-landau.de

Prof. Dr. Reiner Keller ist Inhaber eines Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Augsburg. Aktuelle Forschungsschwerpunkte sind Sozialwissenschaftliche Diskursforschung, Wissens- und Kultursoziologie, Geschichte qualitativer Sozialforschung. Kontakt: reiner.keller@phil.uni-augsburg.de

Anmerkungen

¹ Einen Überblick über die theoretischen Schulen zu Öffentlichkeit bieten bspw. Ferree et al. (2002); einen Überblick über die aktuelle Debatte um Repräsentation, Abgeordnete und Parlamente bieten z.B. Patzelt (2003); Marschall (2005); zur Erzählung der Nation s. Hobsbawm (1990); Schulze (1995); Anderson (1996). Für die uns hier interessierende Argumentation ist Fraser (2008) einschlägig.

² Das Problem, dass es zwischen Ideen über politische Öffentlichkeit und den Konstitutionsbedingungen europäischer politischer Öffentlichkeit eine Kluft gibt, beschrieb auch Thomas Risse in dem Paper: „How Do We

Know a European Public Sphere When We See One?“ (Risse 2002)

- ³ Die EU liefert uns hier ein Beispiel für transnationale Diskursräume; wir gehen davon aus, dass sich das Konzept auch auf die globale, weltgesellschaftliche Ebene bzw. auf andere Teilregionen des Globus beziehen lässt.
- ⁴ Wir beziehen uns hier u.a. auf Beck (1996) bzw. Beck/Grande (2007).
- ⁵ Plottka zählt von 21 Probeläufen acht registrierte Organisationen, acht nicht-registrierte Organisationen sowie fünf Abgeordnete als Initiatoren. Davon plante zum Zeitpunkt der Erhebung im Januar 2012 nur eine registrierte Organisation eine ‚reale‘ EBI zu starten, allerdings beabsichtigten dies fünf nicht-registrierte Organisationen und zwei Abgeordnete sowie (unabhängig von den Probeläufen) fünf Akteurskoalitionen, die aus einer Mischung aus registrierten und nicht-registrierten Organisationen entstehen, d.h. also auch neue Akteure einbeziehen (vgl. Plottka 2012: 342).
- ⁶ Zu den formellen Voraussetzungen, eine EBI starten zu können und zum Verfahren der Registrierung bei der Kommission siehe den Beitrag von Plottka/Böttger/Knaut in diesem Heft.
- ⁷ Vgl. <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing>.

Literatur

- Anderson, Benedict* 1996: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Appadurai, Arjun* 1996: Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization. Minneapolis.
- Beck, Ulrich* 1996: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott: Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 19-112.
- Beck, Ulrich* 2008: Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar* 2007: Das kosmopolitische Europa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Uwe* (Hg.) 2007: Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag.
- Castells, Manuel* 2003: Das Informationszeitalter 1. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Opladen: Leske + Budrich.
- Crouch, Colin* 2004: Post-Democracy. Oxford: John Wiley&Sons.
- Dewey, John* 1996: Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Bodenheim: Philo. [1927]
- Eder, Klaus* 2000: Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit in Europa. Von der Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie. Jg. 10, Heft 2, 167-184.
- Eder, Klaus* 2007: The public sphere and European democracy. Mechanisms of democratization in the transnational situation. In: Fossum, John Erik/Schlesinger, Philip (Hg.): The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making? London/New York: Taylor & Francis, 44-64.
- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen* 2000: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden, 306-331.
- Eriksen, Erik Oddvar* 2007: Conceptualizing European public spheres. General, segmented and strong publics. In: Fossum, John Erik/Schlesinger, Philip (Hg.): The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making? London/New York: Taylor & Francis, 23-43.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter* 2002: Four models of the public sphere in modern democracies. In: Theory and Society, Jg. 31, Heft 3, 289-324.

Foucault, Michel 1973: Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel 1980: Power/knowledge. Selected interviews and other writings 1972-1977. New York: Pantheon Books.

Fraser, Nancy 2008: Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Köpl, Regina (Hg.): Medien - Politik - Geschlecht. Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung. Wiesbaden: VS-Verlag, 18-34.

Grande, Edgar 1996: Demokratische Legitimation und europäische Integration. In: Leviathan, Jg. 24, Heft 3, 339-360.

Hix, Simon 2008: What's Wrong with the European Union and How to Fix It. Cambridge: John Wiley & Sons.

Hobsbawm, Eric J. 1990: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Keane, John 2009: The Life and Death of Democracy. London/Sydney/New York/Toronto: Simon&Schuster Bocket Books.

Keller, Reiner 2011: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kielmansegg, Peter Graf von 2003: Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): Europäische Integration. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich, 49-83.

Knaut, Annette 2011: Nation. In: Ueding, Gert (Hg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik, Vol. 10. Tübingen: Niemeyer, 739-750.

Knaut, Annette 2012: The European Citizens' Initiative: Creating (Trans)-National Discursive Spheres? Paper für den Workshop "Re-Defining The public", ECPR Joint Session, Antwerpen, 10-15. April 2012.

Knaut, Annette/Plotka, Julian 2012: Die Europäische Bürgerinitiative: ein (kleiner) Schritt zu ‚mehr‘ europäischer Demokratie! In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 25, Heft 1, 85-89.

Knellingen, Wilhelm 2005: Regierungssystem sui generis? Die institutionelle Ordnung der EU in vergleichender Sicht. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Jg. 3, Heft 1, 7-33.

Latour, Bruno 2005: Von der Realpolitik zur Dingpolitik oder Wie man Dinge öffentlich macht. Berlin: Merve.

Latour, Bruno 2010: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Marschall, Stefan 2005: Parlamentarismus. Eine Einführung. Baden Baden: Nomos.

Maurer, Andreas/Vogel, Stephan (2009): Die Europäische Bürgerinitiative. Chancen, Grenzen und Umsetzungsempfehlungen, Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Studie 28, Berlin.

Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Patzelt, Werner J. (Hg.) 2003: Parlamente und ihre Funktionen. Institutionelle Mechanismen und institutionelles Lernen im Vergleich. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Pitkin, Hanna F. 2004: Representation and Democracy: Uneasy Alliance. In: Scandinavian Political Studies, Vol. 27/3, 335-342.

Plotka, Julian 2011: Bürgerinitiative. In: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 12. Auflage. Baden Baden: Nomos, 98-100.

Plotka, Julian 2012: Die Europäische Bürgerinitiative: Inklusion neuer Akteure in die europäische Politik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 41, Heft 2, 335-343.

Rifkin, Jeremy 2004: Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt am Main: Campus.

Risse, Thomas 2002: How Do We Know a European Public Sphere When We See One? Theoretical Clarifications and Empirical Indicators. Paper für den IDNET Workshop "Europeanization and the Public Sphere", European University Institute, Florenz, 20.-21.02.2002.

Risse, Thomas 2010: A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca/London: Cornell University Press.

Sarcinelli, Ulrich 2011: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im politischen System. 3. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.

Schulze, Hagen 1995: Staat und Nation in der europäischen Geschichte. Europa bauen. München: Beck.

van de Steeg, Marianne 2005: The Public Sphere in the European Union: A Me-

dia Analysis of Public Discourse of EU Enlargement and on the Haider Case. PhD dissertation. Department of Social and Political Sciences, European University Institute, Florence.

Wimmel, Andreas 2006: Beyond the Bosphorus? Comparing French, German, and British Discourses on Turkey's Application to Join the European Union. Political Science Series, Institut für Höhere Studien, Wien.

Woodruff, Paul 2005: First Democracy: The Challenge of an Ancient Idea. Oxford: Oxford University Press.